

von Verena Eckert

Kampf gegen die schleichende "Zwangspaypalisierung" - eBay-Händler schaltet Bundeskartellamt und EU-Kommission ein

Die Geschichte des (noch) einsamen Kampfes eines eBay-Händlers gegen den immer weiter zunehmenden Zwang, Paypal als Zahlungsweise bei eBay zu akzeptieren.

Unerklärliche Sperrungen der Konten, fadenscheinige Erklärung, Ignorieren von Gegenbeweisen - diese Vorwürfe gegenüber der eBay-Tochter Paypal hören wir fast täglich. Immer mehr eBay-Händler sind unzufrieden mit dem Verhalten ihres zahlenden "Freundes" mit dessen Hang zu Kontensperrungen.

Paypal dagegen macht es sich in Luxemburg bequem, verweist unzufriedene Händler auf eine Schiedsstelle in England und weiß ganz genau, dass es niemand auf sich nimmt, in Luxemburg nach englischem Recht gegen Paypal zu klagen. Viel schneller und billiger kommt man schließlich an sein Geld, wenn man brav die 180 Tage abwartet. Was in dieser Zeit mit dem Geld der Händler passiert? Darüber kann man nur spekulieren.

Die logische Konsequenz wäre es also, gar nicht erst einen Vertrag mit Paypal zu schließen oder einen bestehenden Vertrag zu kündigen. Doch das ist nicht so einfach. Denn der Handel in viele Länder funktioniert bei eBay nur über Paypal. Und auch auf dem deutschen Markt muss Paypal bei einigen Produkten zwingend als Zahlungsmittel angegeben werden.

So oder so - der ebay-Händler ist der Dumme. Oder vielleicht doch nicht?

Einem Händler wurde es nun zu blöd. Da er sich weigert, einen Vertrag mit Paypal zu schließen und er deshalb bei eBay nur eingeschränkt handeln kann, schrieb er sich seinen Ärger in Briefen an das Bundeskartellamt und die Europäische Kommission von der Seele. Und siehe da: Die Europäische Kommission sieht seinen Brief als "Marktinformation, von der wir zur gegebenen Zeit Gebrauch machen werden", das Bundeskartellamt schrieb "Wir gehen diesen Vorwürfen nach und werden Sie zu gegebener Zeit über den Fortgang des Verfahrens unterrichten."

Nun hofft dieser eBay-Händler, dass auch die vielen anderen Betroffenen ihrem Ärger Luft machen und die staatlichen Stellen, die tatsächlich hier zugunsten der Händler eingreifen könnten, auch über ihre Fälle informieren. Damit die schleichende "Zwangspaypalisierung" gestoppt werden kann.

Autor:

Verena Eckert

Rechtsanwältin